

# VERWALTUNGSMODERNISIERUNG AUS SICHT DER STEUERZAHLER

II. KONGRESS  
ZUR VERWALTUNGSMODERNISIERUNG  
DER LANDESVERWALTUNG  
BRANDENBURG 2003  
23. JANUAR 2003, POTSDAM

DIPL.ING. ANGELA MAI, STEUERBERATERIN  
VORSITZENDE DES VORSTANDS  
BUND DER STEUERZAHLER BRANDENBURG E.V.

---

Der Bund der Steuerzahler fordert eine umfassende Regierungs- und Verwaltungsreform in Brandenburg.

Meine Damen und Herren, diese Forderung ist nicht neu, werden Sie sagen. Schon gar nicht vom Bund der Steuerzahler. Sind doch alte Kamellen, immer das gleiche. Ist doch noch nie gemacht worden. Sollen sich doch lieber darum kümmern, dass mehr Steuern gezahlt werden, dann ginge es dem Staat besser.

Meine Damen und Herren. Der eingangs zitierte Satz ist die Überschrift einer Presseerklärung des Bundes der Steuerzahler Brandenburg vom 10. September 1999 auf die ich noch zurückkommen werde.

Ihre Ruhe allerdings, meine Damen und Herren, werden Sie nicht wieder bekommen. Denn, die Forderung nach einer Regierungs- und Verwaltungsreform ist aktueller denn je. Dass die Bürger und Steuerzahler zudem bereit wären, dem Moloch Steuerstaat noch mehr in den Rachen zu schmeißen, ist eher unwahrscheinlich.

Wie aktuell unsere Forderung nach einer Regierungs- und Verwaltungsreform ist, zeigt der Blick in die Presse. Genauer in die Potsdamer Neuesten Nachrichten von gestern. Angesichts der desaströsen Haushaltsslage des Landes greifen PDS-Opposition und auch der Städte- und Gemeindebund unsere Forderung auf. Kritisiert wird der „fehlende Sparwille von oben“.

Im hohen Norden erklärt Ministerpräsidentin Simonis ihre erneute Kandidatur als Spitzenkandidatin für die nächsten Landtagswahl in Schleswig-Holstein, verbunden mit der Ankündigung, die Landesregierung auf sieben Ministerien zu verkleinern.

Diese Renaissance, die die Forderung des Bundes der Steuerzahler nach einer Regierungs- und Verwaltungsreform jetzt erfährt, kommt nicht von ungefähr.

Denn, meine Damen und Herren, die Situation ist dafür da. Weil Brandenburg in elf Jahren zuviel Geld ausgab und 15 Milliarden Euro Schulden aufgehäuft hat, muss es jetzt ans Eingemachte. Denn anders sind die neuen Milliardendefizite nicht abzudecken. Die Politik des leichten Geldes ist endgültig passé.

Das Haushaltsdefizit wächst in diesem Jahr auf über 800 Millionen Euro und die Einsparoptionen der Finanzministerin betragen gerade mal 319 Millionen. Kein Wunder, dass in den Regierungsfractionen der Wegfall ganzer Ausgabenblöcke zur Debatte gestellt wird.

Die Zeichen der Zeit scheint jetzt auch Ministerpräsident Platzeck erkannt zu haben. Presseberichten zufolge hat er vor der SPD-Landtagsfraktion klargestellt, dass Brandenburg auf lange Zeit den Gürtel enger schnallen muss. Von den notwendigen Ausgabenkürzungen werde kein Bereich verschont bleiben.

Aufhänger für dieses "Wort zum Sonntag" ist der Mitte Januar in der Endfassung vorgelegte Ländervergleich des so genannten Seitz-Gutachtens. Danach leistet sich Brandenburg gegenüber Sachsen und den finanzschwachen Westländern Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein in nahezu allen Bereichen mehr Personal und höhere Ausgaben.

Sie werden jetzt sicher sagen: Brandenburg kann man nicht vergleichen, mit diesen Ländern sowie so nicht, wir sind ein Flächenland. Fakt ist jedoch: Alles bisher zu teuer finanziert, nämlich über Schulden. Die Folge: der finanzielle Spielraum des Landes wird immer enger. Für die insgesamt über 15 Milliarden Euro Schulden sind jährliche Zinsen von 800 Millionen Euro fällig, Tendenz steigend.

Gutachter Seitz verlangt nun wegen dieser "finanzpolitisch gefährlichen Schieflage" eine fundamentale Kurskorrektur" und sieht Einsparpotenziale von mindestens einer Milliarde Euro. Dagegen regt sich jetzt natürlich sofort Widerstand. Allen voran die Gewerkschaften: Verd.i und GEW sehen Arbeitsplätze und Bildung gefährdet. Die Wirtschaft bangt um ihre Förderung. Die Gemeinden sehen die Lichter ausgehen.

Wir erleben wieder die bewährten Rituale, bei denen alle davon ausgehen, dass danach doch wieder alles beim alten bleibt.

Nur, meine Damen und Herren, die Zeiten ändern sich, die Zeiten werden härter, auch und gerade deshalb, weil wir Steuerzahler bei der derzeitigen Belastung an Grenzen stoßen.

Vertrauen Sie nicht darauf, dass wir Steuerzahler uns im Verteilungskampf zwischen öffentlichen und privaten Sektor, aufgeben indem wir uns ins Private zurückziehen und ihnen das Feld überlassen. Das sage ich ganz bewusst. Denn Politik nach dem Motto „Ich spare indem Du zahlst“ funktioniert so nicht mehr. Wir haben genug davon, dass die Wahrheit ständig mit Worten verkleistert wird.

Doch was ist unser Vorschlag zur „Gegenfinanzierung“ der Haushaltslöcher? Was ist unsere Wahrheit?

Sie ist, meine Damen und Herren, offen gesagt ganz simpel. Geld, zumal für öffentliche Haushalte kann man nicht einfach beschließen. Und damit basta.

Denn mit jedem ausgegebenen Steuer-Euro gewinnen Politikerinnen und Politiker Wählerstimmen, weil das Geld Wählern zugute kommt. Gleichzeitig verlieren Politikerinnen und Politiker Wählerstimmen, weil sie jeden Euro den sie ausgeben über kurz oder lang den Wählern über Steuern und Abgaben abnehmen müssen.

Der Staat ist eben keine Kuh, die im Himmel Gras frisst und auf Erden Milch gibt. Und weil das so ist, hört das mit dem Steuern erhöhen spätestens dann auf, wenn Politikerinnen und Politiker mit ihrer Steuer- und Abgabepolitik mehr Wähler verlieren als sie gewinnen. Wir dürfen deshalb auch insoweit auf die anstehenden Wahlen gespannt sein.

Nun zur Gegenfinanzierung und damit zurück zu der zitierten Presseerklärung des Bundes der Steuerzahler vom 10. September 1999. Aber dazu werde ich den Bogen etwas größer spannen wollen. Und ich hoffe, dass Sie mir auch da folgen.

Die erwähnte Presseerklärung lag der Pressemappe bei, die der Bund der Steuerzahler den zahlreichen Journalisten in die Hand drückte, die die Pressekonferenz besuchten, auf der das vom Bund der Steuerzahler in Auftrag gegebene Gutachten zur Regierungs- und Verwaltungsreform in Brandenburg unmittelbar nach der Landtags-

wahl 1999 vorgestellt wurde. Gutachter war Professor Dr. Joachim Jens Hesse, Gründungsdirektor des Europäischen Zentrums für Staatswissenschaften und Staatspraxis und heute Vorsitzender des Beirats des Internationalen Instituts für Staats- und Europawissenschaften in Berlin.

Das Gutachten ist im Übrigen nur eines der inzwischen neun vorliegenden Gutachten zum Thema Regierungs- und Verwaltungsreform. Dabei sind große Bundesländer wie NRW und Bayern, mittlere Bundesländer wie Hessen und Rheinland-Pfalz, aber auch Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern haben wir begutachten lassen.

Nebenbei möchte ich bemerken, dass wir neben SPD-regierten Bundesländer auch CDU/CSU-regierte Bundesländer begutachten ließen.

Hinzugekommen ist aktuell ein Gutachten zu Europa unter den Aspekten Kompetenzabgrenzung, Effizienz und Transparenz. Angesichts der Osterweiterung und vor dem Hintergrund der Arbeit des Europäischen Verfassungskonvents hat es besonderes Augenmerk verdient. Denn alles, was in Europa und für Europa festgelegt wird, hat direkte Konsequenzen für uns.

Und zwar in zweierlei Hinsicht. Zum einen unter dem Aspekt, bei der Reform der europäischen Aufgaben, Institutionen und Verfahren mit zu reden. Zum anderen, aus wohlverstandenen Eigeninteresse.

Es geht um nicht mehr und nicht weniger als die Wettbewerbsfähigkeit im künftig kräftig erweiterten europäischen Maßstab. Es geht um die Sicherung des Standorts Brandenburg.

Was fordert nun der Wettbewerb unter uns Europäern von uns, unseren Ländern bzw. Regionen? Viel Staat oder weniger Staat? Mehr Finanzhilfen und Subventionen oder eher weniger? Hohe Steuern und Sozialabgaben oder besser niedrigere? Hohe Löhne oder weniger hohe? Bessere Bildung, Ausbildung und mehr Kultur zum Nulltarif? Mehr Autobahnen, Straßen, Flughäfen, Eisenbahnverbindungen? Mehr, mehr, mehr? Von allem für alle? Oder doch besser weniger, wegen der Kosten?

Meine Damen und Herren, Lothar Späth, der Chef von Jenoptik hat einmal in einem Vortrag sinngemäß gesagt, dass Investitionsentscheidungen massgeblich vom Netto-Profit bestimmt werden, den ein Standort hergibt.

Wenn das stimmt, und da will ich der Erfahrung von Lothar Späth folgen, ist es müßig sich über einzelne Standortaspekte in die Haare zu bekommen. Entscheidend ist die ganze Ladung, die Situation insgesamt. Entscheidend ist das, was unter dem Strich herauskommt und wie lange was dauert. Denken wir nur an die Dauer von Genehmigungsverfahren und Gerichtsentscheidungen.

Was nützen eine mäßige Infrastruktur, vielfältige Finanzhilfen und Subventionen, wenn die Bildung eher genügend, die Löhne hoch, Steuern und Abgaben noch höher und die Bürokratie unsäglich sind?

Unter solchen Rahmenbedingungen können wir im Wettbewerb nicht bestehen. Wie gesagt, entscheidend sind alle Faktoren, entscheidend ist, was unter dem Strich bleibt.

Daran ändern dann auch nichts die zur Beschönigung der Lage immer gerne angeführten OECD-Vergleiche zur Steuerquote am Bruttoinlandsprodukt, die im internationalen Vergleich doch gar nicht so schlecht sei.

Denn, wenn wir gar nicht so schlecht da stehen, warum geht es dann nicht aufwärts? Warum fühlen wir uns so schlecht? Ein wesentlicher Grund dafür ist, dass die Steuer- und Abgabenlast, die der Steuerzahler fühlt, sich eben nicht am Bruttosozialprodukt mißt, das u.a. auch die Summe aller Abschreibungen mit erfasst, sondern an der Belastung seines Einkommens mit Steuern und Abgaben.

In der Gesamtschau kommt es also eher auf die volkswirtschaftliche Einkommensbelastungsquote an. Die sieht nämlich ganz anders aus. Sie lag 2002 bei immerhin 56 Prozent. Tendenz steigend. Daran haben die „umfassendsten Steuersenkungen in der Geschichte der Bundesrepublik“ nur unwesentlich etwas geändert.

Wenn wir den Standort Deutschland und Brandenburg sichern wollen ist mit immer mehr Steuern und Abgaben kein Staat mehr zu machen. Im Gegenteil, die ständigen Abgabenerhöhungen schaden. Sie sind die falsche Antwort auf den jahrzehntelangen Reformstau.

Aber auch der Marsch in den Schuldenstaat stößt an seine Grenzen. Die von Deutschland seinerzeit maßgeblich betriebene Verschuldungssperre in Form der so genannten Maastricht-Kriterien trifft jetzt ihre Urheber. Wir sind mitten drin im Defizitverfahren. Es drohen empfindliche Strafen. Und das ist richtig so. Denn die Schulden von heute sind

die Steuern von morgen. Sie müssen nämlich von künftigen Generationen zurückgezahlt werden, mit Zins und Zinseszins.

Fazit: Sicher ist und bleibt, dass man Geld nicht einfach beschließen kann. An der gegenteiligen Überzeugung sind schon Staaten zugrunde gegangen, wie wir wissen.

Wenn dem aber so ist, bleibt nichts anderes übrig als weniger Geld auszugeben. Aber nur wie, werden Sie fragen, und wo? Und da komme ich zurück auf das eingangs erwähnte Gutachten des Bundes der Steuerzahler zur Regierungs- und Verwaltungsreform und auf die Presseerklärung vom 10. September 1999.

Darin heißt es nämlich weiter: „Den Beginn der neuen Legislaturperiode zum Einstieg in eine umfassende Regierungs- und Verwaltungsreform zu nutzen, hat der Bund der Steuerzahler Brandenburg gefordert.

Notwendig sei eine Strukturreform, die alle Ebenen des Verwaltungshandelns einschlieÙe. Am Beginn des mehrstufigen Reformprozesses müsse eine grundlegende Straffung und Neustrukturierung der Landesregierung stehen.

Empfohlen werde eine aus sieben Ressorts bestehende Landesregierung. Einher gehen müsse der neue Zuschnitt der Ministerien mit einer Überprüfung der internen Organisationsstrukturen und einer Straffung der Abläufe.

Darüber hinaus gehe es darum, Verwaltungsaufgaben aus den Ministerien auf nachgeordnete Behörden zu verlagern. In den Ministerien solle regiert und nicht Verwaltungsvollzug betrieben werden, so der BdSt-Gutachter.

Einschneidende Veränderungen sieht das Gutachten auch im Bereich der den Ministerien nachgeordneten Behörden vor. An die Stelle von derzeit 18 spezialisierten oberen Landesbehörden sollen sechs Landesoberbehörden treten. Die über 30 Landeseinrichtungen und öffentlichen Unternehmen seien auf ihren unverzichtbaren Kern zurückzuführen.

Unabdingbar sei eine Konzentration auch im Bereich der unteren Landesbehörden. Die Leistungsfähigkeit der bestehenden Einrichtungen sei zwar unbestritten, allerdings führe die Spezialisierung der Behörden zu einem erheblichen Abstimmungsbedarf. Das Gutachten empfiehlt, einen Teil der von den unteren Landesbehörden wahrgenommenen Aufgaben auf die Landkreise und kreisfreien Städte zu verlagern. Darüber hinaus

sollten Möglichkeiten zu länderübergreifenden Kooperationen genutzt werden, etwa im Bereich des Berg- und Eichwesens.“

Soweit die Presseerklärung vom September 1999. Und was ist seitdem passiert? Viel, sehr viel, muss ich zugeben. Doch wirklich geschehen ist in Sachen Regierungsreform kaum etwas.

Wir haben zwar seit 1999 immerhin fünf Minister gehen sehen, nur ihre Zahl und damit die Anzahl der Ministerien ist immer noch nicht entscheidend geringer. Es gibt immer noch zehn Ministerien. Sieben würden nach unserer Überzeugung und der unseres Gutachters reichen, sechs könnte sich ein Land wie Brandenburg nur leisten, so gestern die Potsdamer Neusten Nachrichten.

Und das ist, meine Damen und Herren symptomatisch für die gesamte Verwaltungsreform in Brandenburg und Deutschland.

Wie denn in Gottes Namen soll die Verwaltung effizienter werden, wenn das an der Spitze nicht gelingt und damit deutliche Signale gesetzt werden. Wo bleibt die Vorbildfunktion? Herr Professor Hesse pflegt in diesem Zusammenhang zu formulieren: „Der Fisch fängt vom Kopf an zu stinken.“

Ich denke, da hat er Recht. Was wir jetzt brauchen ist endlich eine Strukturreform, so zu sagen an Haupt und Gliedern. Sie muss alle Ebenen des Verwaltungshandelns einschließen. Mit unserem bereits erwähnten Gutachten liegt dafür seit nun dreieinhalb Jahren ein Gesamtkonzept vor.

Nachdem die notwendige Verschlinkung immer noch nicht da ist, ist es an der Zeit, unseren Vorschlägen zu folgen. Es ist den Versuch wert. Davon bin ich überzeugt.

Nun zur heutigen Veranstaltung. Die Verwaltungsmodernisierung, um die es hier und heute, beim II. Kongress zur Verwaltungsmodernisierung der Landesverwaltung Brandenburg geht, ergänzt notwendigerweise den Reformprozess.

Nur, meine Damen und Herren, Sie ersetzt ihn nicht. Auch die ganzen Runden, die über Aufgabenkritik brüten und die Bereinigung der überbordenden Gesetzes- und Vorschriftenproduktion bringen nicht wirklich was. Außer, dass es ein gutes Gefühl macht, darüber geredet zu haben. Unser Rat an die Politik: Führen statt Diskutieren lassen.

Nehmen Sie z.B. die Gesetzes- und Vorschriftenbereinigung. Wenn wir Gesetze und Vorschriften auf Zeit hätten und ihre Weiterführung immer wieder intensiver Prüfung und Beratung sowie neuer Mehrheiten bedürfte, würden viele Bestimmungen schon alleine wegen des Arbeitsaufwandes entfallen. Hier muss die Politik endlich Verantwortung übernehmen und sie nicht immer auf Verwaltung und Gerichte abwälzen.

Meine Damen und Herren, modern sein, ist und kann, jenseits von Attitüden, Moden und Verpackungen, in unseren Augen nur ein Synonym sein für das Streben nach Wettbewerbsfähigkeit. Damit wird Modernität zur Normalität, zumindest in einer Wettbewerbsgesellschaft.

Was wir dagegen als vormodern einstufen, ist ein bevormundender Steuerstaat alter Prägung, nur in moderner Verpackung. Also alles optimal digital, alles optimal betriebswirtschaftlich gesteuert, alles qualitativ optimiert. Aber im Kern eben immer noch der Steuerstaat, der seine Bürger gängelt und ihnen rigoros in die Tasche greift..

Das geistige Fundament für den rigorosen Belastungszugriff liegt im Glauben, der Staat und damit die Politik müsse und könne in alle Lebensbereiche regelnd eingreifen, zum Schutz des Einzelnen.

Der Begriff der allumfassenden Daseinsvorsorge schönt aber nur das Bild. Denn zwangsläufig nimmt die Gängelung der Bürger zu und ihre wirtschaftliche wie persönliche Entfaltungsfreiheit ab. Wir brauchen einen schlanken Staat, der seine Bürger stark lässt.

Gerechtigkeit entsteht auf Dauer nicht durch die Umverteilung der Ergebnisse wirtschaftlichen Handelns. Gerechtigkeit setzt allenfalls gleiche Startbedingungen voraus. Der Erfolg erfordert immer eigenes Tun. Die Bürger müssen auf ihre eigene Stärke bauen können und dürfen nicht allein auf die des Staates angewiesen sein.

Bodo Hombach hat nach der gewonnenen Bundestagswahl 1998 in diesem Sinne das Bild vom aktivierenden Staat geprägt. Sein Gastspiel auf der bundespolitischen Bühne war dann allerdings schnell beendet. Heute ist er in der Wirtschaft tätig.

Gefragt, warum die „Neue Mitte“ gescheitert sei, sagte er vor zwei Wochen auf einer Podiumsveranstaltung, dass es damals weniger um die Richtung als ums Nachdenken an sich gegangen sei. Offensichtlich hat das keiner gewollt. Das Ergebnis sehen wir heute.

Jetzt zwingt der Zustand der öffentlichen Haushalte, die Ausgaben zurückzuführen und damit auf Dauer die Staatsquote zu senken.

Wie bereits erwähnt stellte Ministerpräsident Platzeck letzte Woche vor der SPD-Fraktion klar, dass sich alle, wegen des dramatischen Haushaltsdefizits von über 800 Millionen Euro allein in diesem Jahr, auf eine Durststrecke einstellen müssen. Von den notwendigen Ausgabenkürzungen werde kein Bereich verschont bleiben. Die Haushaltskonsolidierung werde Jahre in Anspruch nehmen. Dem ist nichts hinzu zu fügen, außer: Wenn unser Ministerpräsident Recht hat, hat er Recht.

Und dass er und die Koalition jetzt die Gelegenheit für die überfällige Strukturreform von Regierung und Verwaltung nutzen müssen. Da sich in ihr beide großen Parteien finden, ist das die Chance für beide Punkte zu machen. Und bis zur Landtagswahl 2004 sind es noch 20 Monate. Also nur Mut, lautet mein Appell an die Koalitionäre.

Was ist noch zu sagen? Sicherlich dass es für alle, deren Interesse an der Regierungs- und Verwaltungsreform aus Steuerzahlersicht ich jetzt geweckt habe, sich die Lektüre und auch das Studium des Gutachtens von Professor Hesse empfiehlt. Setzen Sie sich mit unseren und seinen Thesen auseinander.

Vor allem aber behalten Sie eins im Gedächtnis: Der Staat ist keine Kuh, die im Himmel Gras frisst und auf Erden Milch gibt!

Mein Schlusswort an die Politik: Vergessen sie bei der Suche nach dem optimalen Budget nie, dass Steuerzahler auch Wähler sind.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche dem Kongress weiter einen guten Verlauf.